

# EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2015



## Zuwanderung begrenzen 3

Interview mit Roger Köppel zu Wohlstand, Wachstum und Begrenzung der Zuwanderung in die Schweiz.



## EU-Anschluss verhindern 5

Der Bundesrat ist bereit, automatisch EU-Recht und fremde Richter zu übernehmen. Ein gefährlicher Weg.



## Asyl-Chaos stoppen 9

Die Sogwirkung der laschen Politik auf illegale und Wirtschaftsmigranten ist riesig. Jetzt muss gehandelt werden.



Ständeratswahlen  
Wie wähle ich richtig? Seite 14

## Frei bleiben – SVP wählen

Die SVP will unser schönes und einmaliges Land erhalten: persönliche Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und einen intakten Lebensraum. Diese Errungenschaften sind heute in Gefahr: durch eine masslose Zuwanderung, Gewalt und Kriminalität im Alltag, das wachsende Risiko terroristischer Anschläge, aber auch durch den Drang von Politikern, die Schweiz in die EU zu führen. Wer will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht bei den eidgenössischen Wahlen an die Urne – und wählt SVP.

Eine Zuwanderung von über 80'000 Personen – was der Bevölkerung der Stadt Luzern entspricht – pro Jahr ist für unser Land nicht zu verkraften. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben entschieden, dass dies nicht so weiter gehen darf, weil die Schweiz ansonsten bereits in wenigen Jahren 10 Millionen Einwohner zählt, zubetoniert und überfüllt ist. Wer will, dass dieser Volksentscheid zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung endlich umgesetzt wird, muss Politikerinnen und Politiker ins Parlament entsenden, welche dieses Ziel ebenfalls verfolgen. Auch die Ausschaffung krimineller Ausländer ist fast 5 Jahre nach Annahme der Ausschaffungsinitiative nicht umgesetzt. Der Grund: Ausser den SVP-Vertretern im eidgenössischen Parlament sträuben sich alle Politiker, Kriminelle auszuweisen. Dank der SVP-Durchsetzungsinitiative kann es nun das Volk

im kommenden Jahr nochmals richten und den Politikern den Weg weisen. Schneller ginge es, wenn im Bundeshaus die richtigen Volksvertreterinnen und Volksvertreter sitzen würden. Deshalb sind Wahlen wichtig.

Ungeachtet des Chaos in der EU mit Griechenland, schwacher Währung, offenen Grenzen für Migranten aus der ganzen Welt und zentralistischer Arroganz, wollen Bundesrat und Parlament die Schweiz schleichend der EU anschliessen. Über ein sogenanntes institutionelles Rahmenabkommen soll unser Land zwingend das EU-Recht übernehmen, und die Schweiz soll sich dem Gerichtshof der Europäischen Union unterstellen. Wer das verhindern will, hat nur eine Wahl: bei den National- und Ständeratswahlen am 18. Oktober 2015 an die Urne gehen und SVP wählen.

## Kommentar

### Sie haben die Wahl

Am 18. Oktober können die Schweizerinnen und Schweizer das eidgenössische Parlament neu wählen. Haben Sie an den letzten Wahlen teilgenommen? Gehen Sie vielleicht nur bei Sachabstimmungen an die Urne? Oder haben Sie genug, da die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Überlegen Sie es sich gut. Jede zusätzliche Stimme entscheidet im Parlament über Erfolg und Nichterfolg Ihrer Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen.

Bereiten Ihnen die grenzenlose Einwanderung, die jährlich 30'000 Asylsuchenden, welche in der Schweiz ein besseres Leben suchen, die damit zusammenhängenden Missbräuche im Sozialwesen oder die ausufernde Kriminalität Sorge? Auch dann sollten Sie am 18. Oktober wählen gehen. Die SVP ist die einzige Partei, die die Zuwanderung begrenzen und mit den Missbräuchen im Asylwesen aufräumen will. Wählen Sie eine andere Partei, wird die Politik der masslosen Zuwanderung und des Schönredens weitergehen.

In den letzten vier Jahren waren die Mehrheiten im Parlament und in der Regierung mitte-links. Nicht genehme Volksentscheide werden nicht beachtet. So bei der Begrenzung der Zuwanderung, der Ausschaffung krimineller Ausländer, der Verwahrung gefährlicher Straftäter, oder dass Pädophile nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen. Mitte-Links hat auch beschlossen, dass sich die Schweiz noch stärker in die EU einbinden lassen soll und wir auf unser selbstbestimmtes Recht verzichten sollen. Wenn Sie diese Mehrheitsverhältnisse im Parlament korrigieren wollen, gehen Sie an die Urne. Wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein eigenständiges und freies Land bleibt, haben Sie am 18. Oktober nur eine Wahl: SVP.



*Toni Brunner*

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz



## Werner Hösli in den Ständerat!

Interview mit Werner Hösli auf Seite 12



## Es braucht neue Mehrheiten im Parlament

Die Mehrheiten im eidgenössischen Parlament lagen in den letzten vier Jahren oft mitte-links. SVP und FDP halten im Nationalrat derzeit 87 Sitze. Zählt man je nach Thema noch einzelne Vertreter der Mitte-Parteien zum bürgerlichen Lager, reicht es noch immer nicht für die notwendigen 101 Stimmen, um eine sichere Mehrheit zu bilden.



Adrian Amstutz, Fraktionspräsident, Sigriswil (BE)

Im Ständerat sieht es noch problematischer aus, weil die SVP über zu wenige Sitze verfügt. Das heisst konkret, dass unter der Führung der linken Parteien massgebliche Weichen in Richtung mehr Staat, zusätzliche Ausgaben, weniger Freiheit, weni-

ger Sicherheit und einer grenzenlosen Zuwanderung gestellt wurden. Das ist auch der Grund, weshalb die SVP in den letzten Jahren gezwungen war, in wichtigen Fragen zu Volksinitiativen zu greifen, z.B. im Bereich der Masseneinwanderung, der Ausschaffung krimineller Ausländer oder der rechtlichen Selbstbestimmung der Schweiz.

Um auf breiter Front etwas zu bewegen, ist es jedoch entscheidend, dass die Mehrheiten im Parlament wieder in Richtung Mitte-Rechts kippen. Dazu bräuchte es nur wenige Sitze, die vom linken ins rechte Lager wechseln. Deshalb sind die eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober von zentraler Bedeutung.



Sitzverteilung im Nationalrat

### 02.06.2015: Aufblähung der staatlichen Kulturförderung



Der Bundesrat wollte die Kulturförderung für die kommenden vier Jahre auf über 1,1 Milliarden Franken anheben. Die SVP sprach sich für Masshalten und die Beibehaltung auf dem bisherigen Stand aus, was von einer satten Mitte-Links-Mehrheit abgelehnt wurde.

### 14.12.2012: Ausbau der Bürokratie über flankierende Massnahmen



Statt die Zuwanderung zu begrenzen, hat Mitte-Links massive Eingriffe in den flexiblen Arbeitsmarkt beschlossen, welche zu mehr Bürokratie, Kontrollen und staatlichen Eingriffen führen.

### 06.05.2015: Ausgabenexplosion beim Bund



SVP und FDP wollten die ausufernden Bundesausgaben (Verdoppelung seit 1990) auf dem Stand von 2014 plafonieren (64 Milliarden Franken). Die Parlamentsmehrheit will den Staat weiter ausbauen. Ein vermittelnder Antrag wurde im Nationalrat mit nur acht Stimmen Unterschied abgelehnt.

### 05.06.2012: Massive Aufstockung der Entwicklungshilfe



Eine masslose Aufstockung der Entwicklungs- und Auslandshilfe auf jährlich rund 3 Milliarden Franken wurde von beiden Räten gegen den Widerstand der SVP einfach durchgewunken.

# Wir dürfen unsere Identität nicht aufgeben

Die massive Zuwanderung führt früher oder später zu grossen Spannungen, denn fremde Kulturen können nicht unbegrenzt integriert werden. Die Zuwanderung hat Auswirkungen auf die Stimmung am Arbeitsplatz, auf die Schulen, aber auch auf unsere gelebte Kultur.



Die Zuwanderung von netto 80'000 Personen pro Jahr führt früher oder später zu grossen Spannungen. Fremde Kulturen können nicht unbegrenzt integriert werden.

Es ist eine historische Leistung, dass die Schweiz als Land von vier Sprachen und unterschiedlichen Kulturen eine starke nationale Identität und einen inneren Zusammenhalt entwickelt hat. Eine eigentliche Gefahr für den Zusammenhalt des Landes geht jedoch von einer masslosen Zuwanderung aus. Rund 750'000 Personen sind in den letzten zehn Jahren netto in die Schweiz eingewandert. Geht die Entwicklung so weiter, wird die Bevölkerung der Schweiz in 20 Jahren zur Hälfte aus Ausländern und Eingebürgerten bestehen.

des islamischen Glaubens in unserem Land. Gesichtverschleierung, die Forderung nach muslimischen Friedhöfen oder nach einer Anerkennung als Landeskirche führen schon jetzt zu Diskussionen und Spannungen. Schulklassen, in denen es ausschliesslich ausländische Kinder gibt, oder Ortschaften, die bereits heute einen Ausländeranteil von mehr als 50% haben, sind eine Realität. Ein Kulturwandel findet auch am Arbeitsplatz statt, z.B. über ausländische Chefs, welche Kaderstellen wiederum mit ihren Landsleuten besetzen.

sicht, stellen Gewohnheiten um, verzichten auf kulturelle Eigenheiten, um andere nicht vor den Kopf zu stossen. Auch hier sollten wir Gegensteuer geben. Damit die Schweiz Schweiz bleibt.



Walter Wobmann, Nationalrat und Ständeratskandidat, Gretzenbach (SO)

### Auswirkungen auf alle Lebensbereiche

Bereits heute spüren wir beispielsweise die Auswirkungen der Ausbreitung

### Wir passen uns an

Die vielleicht grösste Veränderung findet aber in unseren Köpfen statt. Wir passen uns an, nehmen Rück-

## Soziale Sicherheit in Gefahr

46% der Arbeitslosen und der Sozialhilfebezüger sind heute Ausländer. Dieser Wert ist doppelt so hoch wie der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung. Durch die Masseneinwanderung tickt in unseren Sozialwerken eine Zeitbombe.



Jürg Stahl, Nationalrat und Mitglied Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, Brütten (ZH)

Nach und nach muss auch der Bundesrat zugeben, dass die Folgen einer masslosen Einwanderung für unsere Sozialwerke kaum abzusehen sind. Während beispielsweise die AHV

heute durch die massive Zuwanderung noch zusätzliche Beitragszahler erhält, ist auch für den Bundesrat klar, dass «dieser Zufluss jedoch zu zukünftigen Rentenansprüchen» führt. Oder anders ausgedrückt: Die AHV kann nicht langfristig durch ein Schneeballprinzip finanziert werden.

ren EU-Bürger anteilmässig nur noch 80% der von ihnen bezogenen Leistungen selbst. Personen aus Nicht-EU-Ländern beziehen prozentual gar dreimal mehr Leistungen, als von ihnen einbezahlt werden. Eine Verschlechterung der Wirtschaftslage könnte diesen Zustand rasch verschärfen.

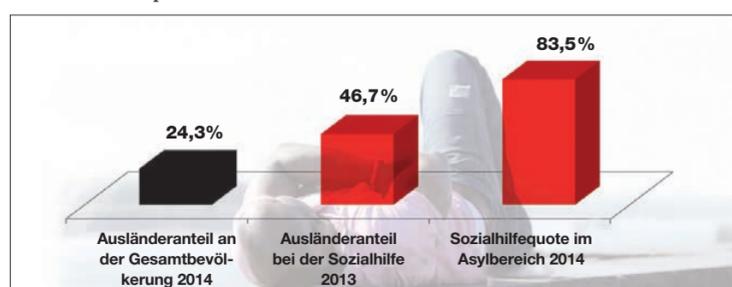
### Belastete Arbeitslosenversicherung

Bei der Arbeitslosenversicherung sind bereits heute die belastenden Effekte der Zuwanderung zu spüren. Während die Schweizerinnen und Schweizer insgesamt deutlich mehr einzahlen als sie beziehen, finanziere-

### Pulverfass Sozialhilfe

Hoch problematisch ist schliesslich die Situation im Bereich der Sozialhilfe, deren Kosten sich zwischen 2003 und 2012 auf 2,4 Milliarden Franken verdoppelt haben. Hier schlägt insbesondere die hohe Sozialhilfequote im Asylbereich zu Buche. Über 83% der Personen im Asylbereich beziehen Sozialhilfe.

In einzelnen Bevölkerungsgruppen, wie den Eritreern, steigt dieser Wert auf über 90%. Diese Personen werden kaum je eine Arbeit finden und langfristig die Finanzen der Gemeinden massiv belasten, was zu Steuererhöhungen und sozialen Spannungen führen wird.



Ausländer in der Schweiz beziehen doppelt so oft Sozialhilfe, 8 von 10 Personen im Asylbereich beziehen ebenfalls Sozialhilfe.

### Impressum

EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 2'943'992  
Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58  
Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations, 8450 Andelfingen | Bildquellen: iStockphoto, admin.ch, AZ, parlament.ch, Swisspanorama.ch, Anita Troller (InterConnections Zürich), SVP Schweiz | Karikaturen: Martin Guhl | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG. Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

# Die Schweiz nicht zubetonieren

Jede Sekunde gehen in der Schweiz 1,1 Quadratmeter Kulturland verloren. Umgerechnet auf ein Jahr entspricht das einer Fläche von sage und schreibe 4500 Fussballfeldern. Ein Haupttreiber für die Ausdehnung der überbauten Fläche ist die Zuwanderung. Nur wenn wir auch hier Mass halten, können wir unseren Lebensraum erhalten.



Hannes Germann, Ständerat, Opfertshofen (SH)

Die aktuelle Masseneinwanderung von 80'000 Personen netto pro Jahr führt zu einem Bedarf von jährlich rund 35'000 Wohnungen, ebenso müssen die Infrastrukturen (Stras-

sen, Schienen, Schulhäuser, Energieversorgung, Wasser, Abwasser usw.) an diese Entwicklung angepasst werden.

Drei Viertel unserer Fläche sind unproduktiv. Die explodierende Zunahme der Einwanderung geht somit insbesondere auf Kosten unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche. Vielerorts gleicht das Mittelland mehr und mehr einem durchgehenden Siedlungsraum. Der natürliche Lebensraum ist eine wichtige Grundlage für die Lebensqualität, aber auch für die Versorgung unseres Landes mit Lebensmitteln. Wir sollten auch unseren Kindern und Enkeln noch etwas von der Schönheit und Einzigartigkeit unseres Landes übrig lassen.

# Kriminelle Ausländer endlich ausschaffen

Vor fast fünf Jahren – im November 2010 – sagten Volk und Stände Ja zur Ausschaffungsinitiative. Ausländer, welche wegen einer schweren Straftat verurteilt worden sind, sollen die Schweiz verlassen müssen. Trotz des klaren Entscheids wollen Bundesrat und Parlament die Initiative bis heute nicht umsetzen. Jetzt muss das Volk noch einmal an die Urne.

Seit Annahme der Ausschaffungsinitiative hält die Verfassung fest, dass ausländische Straftäter, welche wegen eines schweren Gewalt- oder Sexualdelikts, Drogenhandels, Einbruchs oder Sozialhilfe-Missbrauchs verurteilt wurden, nach Verbüßung ihrer Strafe die Schweiz verlassen müssen und eine Einreiseperrre erhalten. Das Mitte-Links-Parlament hat nun aber ein völlig wirkungsloses Ausführungsgesetz erlassen.

## Sicherheit wird vernachlässigt

Statt einer konsequenten Umsetzung der Ausschaffungsinitiative wollen Bundesrat und Mitte-Links-Parteien eine sog. «Härtefallklausel». So finden die Richter immer eine Begründung, weshalb der Straftäter nicht gehen muss:

## Rund die Hälfte aller Straftäter sind Ausländer!

Tötungsdelikte (StGB Art. 111–114):	<b>57,7% Ausländer</b>
Schwere Körperverletzung (StGB Art. 122):	<b>50,0% Ausländer</b>
Einbruchdiebstahl (StGB Art. 139):	<b>73,1% Ausländer</b>
Vergewaltigung (StGB Art. 190):	<b>61,4% Ausländer</b>
Menschenhandel (StGB Art. 182):	<b>95,7% Ausländer</b>
Freiheitsberaubung/Entführung (Art. 183):	<b>52,6% Ausländer</b>

Quelle: BFS, polizeilich registrierte Beschuldigte 2014

Drogendealer X habe ein Kind in der Schweiz (auch wenn er sich noch nie um dieses gekümmert hat), Mörder Y sei schon ein paar Jahre in der Schweiz und deshalb integriert, er habe im Gefängnis grosse Fortschritte in der deutschen Sprache gemacht usw.

Derzeit werden nur etwa 500 kriminelle Ausländer pro Jahr in ihre Heimat zurückgeschickt. Eine beängstigend kleine Zahl, wenn man sich die Statistik der Expertengruppe des Bundes vor Augen führt: Nach dem Deliktskatalog der Initiative müssten jedes Jahr rund 16'000 ausländische Straftäter unser Land verlassen. Rund die Hälfte – also ca. 8'000 Täter – sind illegal in der Schweiz. Diese Zahlen verdeutlichen das enorme Risiko, welches die bisherige Ausweisungspraxis für die öffentliche Sicherheit in unserem Land bedeutet.

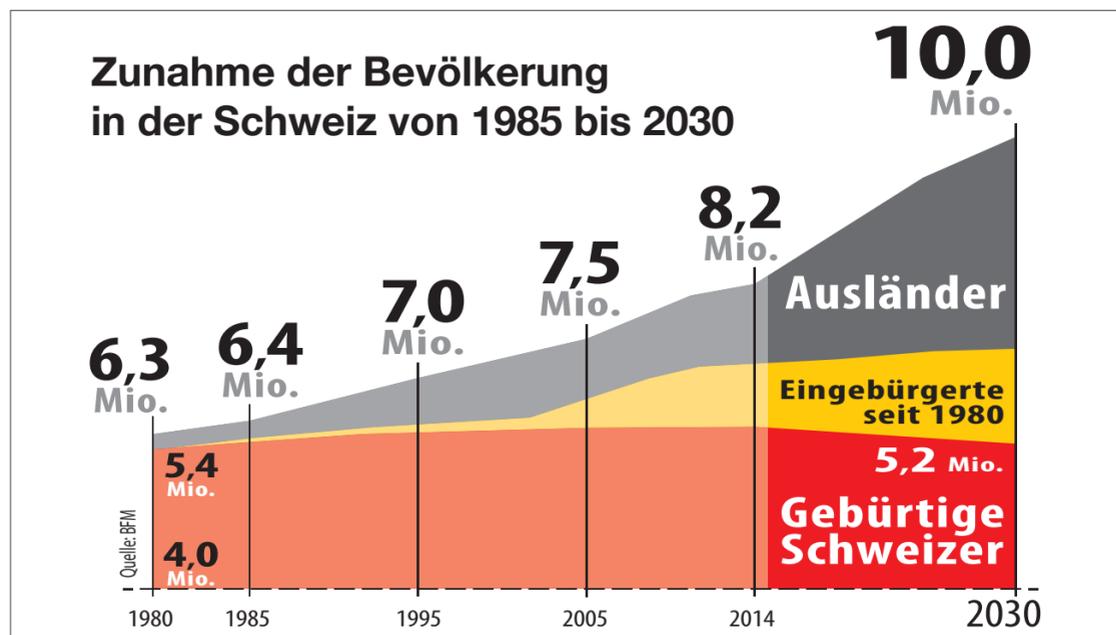
der erzwingen müssen. Die Initiative umfasst einen Deliktskatalog, der in der Bundesverfassung festgehalten und direkt anwendbar ist. So kann sich der Souverän endlich gegen die Behörden und Politiker durchsetzen, welche seit Jahren die Arbeit verweigern.



Natalie Rickli, Nationalrätin, Winterthur (ZH)

## Durchsetzungs-Initiative

Im Jahr 2016 wird das Volk an der Urne mit der Durchsetzungs-Initiative die Ausschaffung krimineller Auslän-



Rund 750'000 Personen sind in den letzten zehn Jahren netto in die Schweiz eingewandert. Geht die Entwicklung so weiter, wird die Bevölkerung der Schweiz 2030 zur Hälfte aus Ausländern und Eingebürgerten bestehen.

# Wie viel Zuwanderung verträgt die Schweiz?

Roger Köppel, Chefredaktor der Weltwoche im Interview mit dem Extrablatt zum Wohlstand, Wachstum und zur Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Begrenzung der Zuwanderung. Er will nicht mehr länger von aussen beobachten, wie in Bern das Erfolgsmodell Schweiz demontiert wird. Es ist Zeit, aktiv Partei zu nehmen – für die Schweiz.

## Braucht die Schweiz wirtschaftliches Wachstum?

Roger Köppel: Ja. Die Schweiz ist ein Land ohne Bodenschätze und Kolonien. Sie lebt ausschliesslich vom Fleiss, von der Tüchtigkeit und von der Innovationskraft der hier arbeitenden Menschen und Unternehmen im Rahmen einer möglichst freien Wirtschaftsordnung.

## Hängt dieses Wachstum von der Zuwanderung ab?

Nein. Aber eine massvolle und nach den richtigen Kriterien gesteuerte Zuwanderung ist im wirtschaftlichen Interesse der Schweiz. Was wir jetzt haben, eine unkontrollierte Massenzuwanderung, schadet der Schweiz, auch der Wirtschaft.

## Gehört zu einer liberalen Politik nicht auch die Personenfreizügigkeit?

Nein. Die Personenfreizügigkeit ist eine Fehlkonstruktion wie der Euro.

## Welche Folgen erwarten Sie, wenn sich die Zuwanderung im Ausmass der letzten Jahre fortsetzt?

Mehr Kriminalität, mehr Arbeitslosig-

keit, mehr Verkehrsüberlastung, höher verschuldete Sozialwerke, mehr Überbauung, mehr Stress und Unzufriedenheit bei den Schweizerinnen und Schweizern, weniger Produktivität und weniger Wohlstand.

## Weshalb tut sich die Politik so schwer, den Volksentscheid vom 9. Februar 2014 umzusetzen?

Die Politiker wollten diesen Entscheid von Anfang an nicht. Der Bundesrat und eine Mehrheit in Bern bekämpften ihn massiv. Jetzt setzen sie alles daran, damit er nicht umgesetzt wird – neuerdings machen auch die Wirtschaftsverbände mit im Kampf gegen die SVP. Dahinter stecken kurzfristige Machtinteressen und Eigennutz. Die Personenfreizügigkeit bringt billige Arbeitskräfte für die Wirtschaft. Der Bundesrat steht wie das Parlament Mitte-Links. Man will näher an die EU ran, weil in der EU die Politiker das Sagen haben und nicht die Bürger. Die Politiker wollen sich aus der unbequemen direkten Demokratie befreien. Deshalb strebt der Bundesrat einen EU-«Rahmenvertrag»

an, der die Schweiz europäischem Recht und europäischen Richtern unterstellen würde.

## Was tun wir, wenn die EU nicht über eine Anpassung der Personenfreizügigkeit verhandeln will?

Umsetzen! Der Zeitpunkt ist günstig. Die EU hat viele Probleme. Ich glaube nicht, dass die EU jetzt auch noch das letzte Land in Europa kaputt machen will, das seine Rechnungen gegenüber der EU pünktlich bezahlt – ohne, dass man ihm vorher einen Milliardenkredit geben muss.

## Wohin bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren?

In Bern dominiert parteiübergreifend die Linke. Links heisst: Immer mehr Staat, immer mehr Steuern und Abgaben, immer mehr EU und immer mehr unkontrollierte Zuwanderung, legal und illegal. Ich bleibe aber optimistisch. Ich glaube und hoffe, dass die Bürgerlichen in den nächsten Wahlen zulegen werden. Die SVP ist der Fels in der Brandung.

## Was ist Ihre Motivation, in die Politik einzusteigen?

Schreiben allein genügt nicht mehr. Ich kann nicht länger von aussen beobachten, wie in Bern das Erfolgsmodell Schweiz demontiert wird. Es ist Zeit, aktiv Partei zu nehmen – für die Schweiz.

## Was, glauben Sie, können Sie in Bern bewegen?

Ich stehe zur Schweiz. Ich verteidige die

Schweiz als Journalist, auch gegenüber Angriffen aus dem Ausland, etwa im deutschen Fernsehen. Sollte ich gewählt werden – was noch ein weiter Weg ist, – werde ich meine Stärken dafür einsetzen, dass die Schweiz nicht an die EU verschenkt und kaputt gemacht wird. Ich möchte mich auch für eine verbesserte bürgerliche Zusammenarbeit einsetzen. Man muss die kleinkarierten Empfindlichkeiten zurückstellen. Es geht um die Schweiz.

## Roger Köppel

- ▶ Nationalratskandidat Zürich
- ▶ Chefredaktor und Verleger der Weltwoche
- ▶ Medienunternehmer und Publizist
- ▶ verheiratet, 3 Kinder
- ▶ Jahrgang 1965, wohnhaft in Küsnacht (ZH)



# Bilaterale: Ja, aber nicht um jeden Preis

Die Schweiz ist eine der offensten Volkswirtschaften der Welt. Ein enger Austausch mit dem Nachbar EU stellt dabei eine Selbstverständlichkeit dar. Die bilateralen Beziehungen müssen aber stets auf Augenhöhe und im gegenseitigen Interesse stattfinden. Und sie sind kein Selbstzweck, wie man das in der aktuellen Debatte bisweilen meinen könnte.



«Es wäre für die Schweiz geradezu selbstzerstörerisch, für einzelne Verträge mit der EU Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und den politischen Handlungsspielraum aufzugeben.»

Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer, Meilen (ZH)

Die Schweiz ist mit der EU über nicht weniger als 283 bilaterale Verträge verbunden, welche verschiedenste Bereiche regeln, angefangen vom Freihandelsabkommen von 1972 bis zum Abkommen über den automatischen Informationsaustausch, das noch nicht einmal vom Parlament beraten wurde. Im Fokus stehen derzeit die sieben Verträge des Paketes Bilaterale I, welche 1999 abgeschlossen wurden. Volk und Stände haben im vergangenen Jahr beschlossen, dass aus diesem Paket das Abkommen über die Personenfreizügigkeit nicht mehr in der bisherigen Form weitergeführt werden soll, weil die Auswirkungen für die Schweiz mit zu grossen Nachteilen verbunden sind. Die Masseneinwanderung von jährlich rund 80'000 Personen belastet die Volkswirtschaft, Infrastrukturen, das Landschaftsbild und die Lebensqualität in zunehmendem Mass.

## Keine Abschottung

Die anderen sechs Verträge des Paketes Bilaterale I betreffen den Landverkehr, den Luftverkehr, die technischen Handelshemmnisse, das öffentliche

Beschaffungswesen, die Landwirtschaft und die Forschung. Diese Verträge können aus Sicht der Schweiz weitergeführt werden, sie sind aber nicht alle gleich wichtig für die Schweiz. So ist das Landverkehrsabkommen vor allem für die EU von grosser Bedeutung. Es darf zudem nicht vergessen werden, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen seinerzeit nicht dem Wunsch der Schweiz entsprach. Die Schweiz kann gut auf ein solches Abkommen verzichten, falls kein neues ausgehandelt werden kann, da sie die gewünschten Arbeitskräfte aus dem Ausland jederzeit rekrutieren kann, falls der inländische Arbeitsmarkt die Bedürfnisse der Wirtschaft nicht vollumfänglich befriedigt.

## Auf die eigenen Stärken vertrauen

Da die Abkommen der Bilateralen I miteinander verknüpft sind, stellt sich die Frage, was geschieht, wenn das Personenfreizügigkeitsabkommen dahinfallen würde. Betroffen wären dadurch in erster Linie nur die erwähnten sechs der insgesamt 283 Ab-

kommen. Ob die EU auf diese Abkommen verzichten möchte, ist zudem fraglich. Die Schweiz gehört auch für die EU zu den wichtigsten Handelspartnern. Sie exportiert mehr in die Schweiz, als unsere Wirtschaft in den EU-Raum. Die Unternehmen in der EU wollen den Absatzmarkt Schweiz unter keinen Umständen verlieren. Zudem ist der grenzüberschreitende Handel primär durch die Regeln der Welthandelsorganisation WTO und des Freihandelsabkommens abgesichert.

## Beziehungen zur EU nicht überhöhen

Es wird also in jedem Fall einen pragmatischen Weg geben. Die EU ist ein wichtiger Handelspartner. Die Schweizer Wirtschaft muss sich aber global ausrichten und sollte sich nicht in einseitige Abhängigkeiten begeben. Das zeigt derzeit gerade die Euro-Krise. Zudem wäre es geradezu selbstzerstörerisch, für einzelne Verträge Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und den politischen Handlungsspielraum aufzugeben.

## Frei bleiben – ohne EU

Unabhängigkeit und Selbstbestimmung verschafften der Schweiz bis heute die notwendigen Standortvorteile; ein Grund für unseren wirtschaftlichen Erfolg und unseren Wohlstand. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, dürfen wir uns auf keinen Fall durch neue Verträge von der EU fremdbestimmen lassen.



Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf (BE)

«Als weltoffenes Nicht-EU-Mitglied ist die Schweiz ideal positioniert.»

Im Vergleich zu den EU-Ländern geht es der Schweiz sehr gut. Den Erfolg der vergangenen Jahrzehnte verdanken wir dem Umstand, dass wir als weltoffenes Nicht-EU-Mitglied immer selber über uns bestimmen durften. Unsere gelebte direkte Demokratie, der Föderalismus und ein ausgeprägter Sinn für persönliche und unternehmerische Freiheit verleihen dem Standort Schweiz seine Einzigartigkeit.

## Selbstbestimmung erhalten

Auf Druck von aussen, aber auch durch politische Opportunisten im eigenen Land wurden in den vergangenen Jahren Standortvorteile, welche die Schweiz für Arbeitsplätze, Investitionen und Innovationen attraktiv machten, abgebaut. Wichtige Qualitäten wie die Privatsphäre, ein flexibler Arbeitsmarkt und ein schlanker Staat werden von Mitte-Links in Frage gestellt und sogar leichtfertig aufgegeben: ein Weg in die falsche Richtung, weil dadurch die Wirtschaft und die Selbstbestimmung im eigenen Land geschwächt werden.

## Eigene Rechte beschnitten

Die wohl verhängnisvollste Entwicklung ist die schleichende Aufgabe unserer rechtlichen und politischen Selbstbestimmung. Wir geben Kompetenzen an internationale Organisationen und Gerichte ab. Dynamische Verträge mit der EU, Konventionen und Richtlinien im Bereich des Europarats, der UNO oder der OECD schwächen unsere direkte Demokratie, also die Selbstbestimmung durch den Souverän, das Volk und die Stände. Die eigenständige Rechtsentwicklung der Schweiz wird immer mehr eingengt.

## Selbstbestimmungsinitiative

Die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» gibt hier Gegensteuer. Sie sichert der Schweiz auch in Zukunft Entscheidungen durch das Volk und eine rechtliche Selbstbestimmung. Das ist unerlässlich für die Sicherung des Erfolgsmodells Schweiz.

Jetzt unterschreiben!

[www.selbstbestimmungsinitiative.ch](http://www.selbstbestimmungsinitiative.ch)



«Denn hier bestimmen wir!»



## Hansjörg Knecht

- Nationalrat und Ständeratskandidat Kanton AG
- Geschäftsführer und Mitinhaber der Knecht Mühle AG, Leibstadt
- Jahrgang 1960
- wohnhaft in Leibstadt
- verheiratet mit Rita



«In der direkten Schweizer Demokratie ist das Volk der Chef. Das hat sich bewährt. Volksvertreter sind keine Könige, sie sind «Knechte» des Volkes.»

Als Unternehmer weiss Hansjörg Knecht, dass es noch viel Spielraum gibt, den Arbeitsplatz zu entlasten und damit Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern.

Die Knecht Mühle AG – ein unabhängiger Familienbetrieb – ist in der Schweiz eine bedeutende Weizen- und Spezialmühle mit eigener Getreidesammelstelle. Im 24-Stunden-Betrieb werden vollautomatisch erstklassige Mehle für das tägliche Brot von über 300'000 Menschen produziert.

# EU-Politik des Bundesrates mit gezinkten Karten

Welchen Zielen die schweizerische Aussenpolitik zu dienen hat, ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.» Das Volk und dessen Vertreter im National- und Ständerat haben die Aussenpolitik des Bundesrates zu kontrollieren.



Lukas Reimann, Nationalrat, Wil (SG)

Wie sieht heute die aussenpolitische Realität aus? Die Schweiz befindet sich in einer Phase schleichender Preisgabe von Souveränität, Volksrechten und Neutralität. Seit 1992 liegt in Brüssel ein Gesuch um Verhandlungen über einen Beitritt der Schweiz zur EU. Der Bundesrat hat den EU-Beitritt zum «strategischen Ziel» erklärt. Dieses Ziel der bundesrätlichen EU-Politik wird bewusst verschleiert. Bern ist sogar bereit, die «dynamische Rechtsentwicklung» der EU widerspruchslos zu übernehmen und sich von Brüssel freiwillig einen Kolonialvertrag zur Unter-

schrift diktieren zu lassen. Das sei zwingend und dringend nötig, um den erfolgreichen «bilateralen Weg» weiter beschreiten zu können, wird fabuliert.

**Gesamtpaket mit Sprengstoff...** Die SVP unterstützt Verträge mit der EU nur, wenn diese die Interessen der Schweiz wahren und keine

«dynamische» oder «automatische» Übernahme künftigen Rechts beinhalten. Statt der Fixierung auf die EU wäre Weltoffenheit zur Teilnahme der Schweiz an den zukunfts-trächtigen Wachstumsmärkten ohnehin vielversprechender – und diese Märkte entwickeln sich heute hauptsächlich ausserhalb der EU. Ende Juni dieses Jahres verkündete

Aussenminister Didier Burkhalter, der Bundesrat habe nach einer europapolitischen Aussprache beschlossen, zur Umsetzung des Verfassungsauftrags vom 9. Februar 2014 zur Steuerung der Zuwanderung nur noch punktuelle Anpassungen an der EU-Personenfreizügigkeit anzustreben. Das soll in ein Gesamtpaket mitsamt einem insti-

tuitionellen Rahmenabkommen mit der EU verpackt werden.

**Taschenspielertricks statt Klarheit**

Das sind Taschenspielertricks: Das Rahmenabkommen sieht nämlich die «dynamische» Übernahme von EU-Recht und in Auslegungs- und Streitfragen die Unterwerfung unter den EU-Gerichtshof (fremde Richter) vor.

Dass der Bundesrat erst nach den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober dieses Jahres die Karten aufdecken will, ist reine Geheimniskrämerei aus wahltaktischen Überlegungen. Die SVP fordert den Bundesrat auf, Stimmbürgerschaft und Parlament zeitgerecht und umfassend über seine aussenpolitischen Absichten zu informieren.

Eine institutionelle Einbindung in die EU liegt nicht im Interesse der Schweiz, sondern ist eine Forderung der EU, um ihre Interessen und ihren Machtanspruch in der Schweiz umfassend durchzusetzen. Ein solcher Vertrag macht unser Land zu einem Satellitenstaat und führt faktisch zum EU-Anschluss. Das wäre die Selbstaufgabe der Schweiz. Die SVP wird alles daransetzen, dass der Bundesrat die Schweiz nicht in die EU führt.



Die Taschenspielertricks des Bundesrates: Das geplante Rahmenabkommen sieht nämlich die «dynamische» Übernahme von EU-Recht und in Auslegungs- und Streitfragen die Unterwerfung der Schweiz unter den EU-Gerichtshof (fremde Richter) vor.

## Rahmenvertrag ist für die Wirtschaft brandgefährlich

Der vom Bundesrat geplante Rahmenvertrag mit der EU zur institutionellen Einbindung der Schweiz birgt enorme Risiken für unsere Wirtschaft. Mit einer dynamischen Übernahme von EU-Recht und der Akzeptanz des EU-Gerichtshofes als oberstes Gremium bei der Auslegung des Rechts wird die inzwischen sozialistisch geprägte Regulierungsflut aus Brüssel ungebremst auf die Schweiz überschwappen. Dies bringt ungeahnte Staatsinterventionen und wirtschaftsfeindliche Bürokratie, in erster Linie zu Lasten unserer Unternehmen.



Jean-François Rime, Nationalrat und Präsident Schweizerischer Gewerbeverband, Bulle (FR)

Das neue Lebensmittelrecht zeigt, in welche Richtung sich diese dynamische Rechtsübernahme jetzt bewegt und noch in verstärktem Mass und auch in allen anderen wirtschaftspolitisch relevanten Bereichen entwickeln wird. Das neue Lebensmittelgesetz löst eine Regulierungswelle mit 29 Verordnungen aus. Mindestens 9 neue Verwaltungsstellen und zusätzliche Millioneninvestitionen im Bereich Informatik allein auf Stufe Bund sind die Konsequenz daraus. Jetzt können wir noch das Schlimmste verhindern und Korrekturen anbringen. Bei einer dynamischen Rechtsübernahme müsste die Schweiz aber zwingend das EU-Recht übernehmen. Die Wirtschaft wäre der Regulierungsflut aus Brüssel ungeschützt ausgeliefert.

Die Branchen werden bevormundet und gegängelt, der Bürokratieapparat weiter aufgebläht. Gleiches gilt allgemein unter den Schlagworten Konsumentenschutz, Umweltschutz oder Prävention. Das Gewerkschaftsrecht würde weiter ausgebaut. Solidarhaftungen, ausufernde Arbeitszeiterfassungspflichten und Ferienregulierungen, neue

Quotenregelungen, Lohndiskriminierungspolizei, die Möglichkeit von Sammelklagen, Unisextarife oder ein ausgehnter Elternurlaub werden bei einer Anpassung an die EU die Wirtschaft zusätzlich belasten, die Freiheit der Bürger beschneiden, die Steuern in die Höhe treiben und unseren flexiblen Arbeitsmarkt zerstören.



Ein Rahmenvertrag mit der EU würde den Gesetzes- und Regulierungswahnsinn weiter ankurbeln. Dies verursacht nebst hohen Kosten mehr Arbeitslose in der Schweiz.



**Die EU entwickelt sich immer mehr zu einer Umverteilungsmaschine von reichen zu armen Ländern. Deshalb will die EU die wohlhabende Schweiz dabei haben!**

## Die SVP in Kürze

-  Wir zählen rund 90'000 Mitglieder.
-  Wir stehen für eine unabhängige, freiheitliche und neutrale Schweiz ein. Einen EU-Anschluss oder -Beitritt lehnen wir kategorisch ab.
-  Die SVP hat seit den letzten Nationalratswahlen 2011 in 19 von 24 Kantonen die Wahlen gewonnen. Das heisst, sie hat an Wählerstärke zugelegt und / oder zusätzliche Parlamentsmandate erzielen können.
-  Die SVP hat heute 54 Nationalratssitze und 5 Ständeratssitze und hofft, bei den Wahlen vom 18. Oktober 2015 diese Sitze mindestens halten zu können.

Mehr Infos unter: [www.svp.ch](http://www.svp.ch)

## Die SVP-Parteileitung 2014/2015



**TONI BRUNNER**  
Parteipräsident (SG)



**ADRIAN AMSTUTZ**  
Fraktionspräsident (BE)



**NADJA PIEREN**  
Vizepräsidentin (BE)



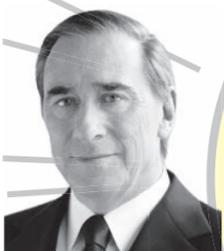
**OSKAR FREYSINGER**  
Vizepräsident (VS)



**LUZI STAMM**  
Vizepräsident (AG)



**CHRISTOPH BLOCHER**  
Vizepräsident (ZH)



**WALTER FREY**  
Vizepräsident (ZH)



**JUDITH UEBERSAX**  
Vizepräsidentin (SZ)



**CLAUDE-ALAIN VOIBLET**  
Vizepräsident (VD)

## Tradition hat einen Namen: SVP.



## Damit die Schweiz Schweiz bleibt.

Unabhängigkeit, Eigenständigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus sind die Staatssäulen, die unsere Vorfahren erschaffen und erkämpft haben und die wir verteidigen. Dies im Wissen, dass es keine Freiheit ohne Sicherheit gibt.

Im Bundesbrief, am Beginn unserer Eidgenossenschaft, gelobten die Gründer unseres Landes ebenso, keine fremden Richter anzuerkennen.

Unsere Bundesverfassung nimmt in der Präambel auf, dass nur frei ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwachen misst. In dieser Tradition versprechen die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP gegenüber der Bevölkerung der Schweiz:

Wir wollen

-  keinen Anschluss an die EU und keine Anerkennung fremder Richter, damit wir selber unsere Geschicke bestimmen können;
-  die Zuwanderung begrenzen und keine 10-Millionen-Schweiz, damit wir weiterhin eine lebenswerte und intakte Heimat haben;
-  kriminelle Ausländer ausschaffen und die Missbräuche im Asylwesen bekämpfen, damit wir in Sicherheit leben können;
-  tiefe Steuern für alle und weniger staatliche Regulierungen, um Arbeitsplätze zu sichern.



Kandidatinnen und Kandidaten für den Nationalrat anlässlich des Wahlauftraktes mit Wahlversprechen in St. Luzisteig (GR) am 22. August 2015.



[www.svp.ch](http://www.svp.ch)

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5

**DESHALB AM 18. OKTOBER**  
**SVP WÄHLEN.**

## 2 Fragen an unseren Bundesrat Ueli Maurer:

### Wie schätzen Sie unser Verhältnis zur EU ein?

Es ist durch ein zentrales Missverständnis geprägt: Die EU versteht nicht, dass wir ein eigenständiges, unabhängiges Land bleiben wollen. Sie meint, wir wollen uns in die EU integrieren. Vielleicht machen wir ihr auch nicht immer genügend klar, dass das nicht unser Ziel ist. Sonst würde sie ja jetzt nicht fordern, dass wir uns ihrem Recht und ihren Richtern unterwerfen müssen. Damit würden wir unsere Unabhängigkeit aufgeben und wären faktisch ein Teil der EU.



Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

### Wo orten Sie in der Schweiz den grössten Handlungsbedarf, wenn es um die Sicherheit geht?

Er besteht an zwei Orten: Zum einen bei der inneren Sicherheit; die Kriminalität beeinträchtigt unsere Lebensqualität mittlerweile erheblich. Viele Leute sind verunsichert. Unsere Bürger haben Anspruch darauf, dass sie an Leib, Leben und Eigentum geschützt werden. Hier muss etwas geschehen, unter anderem sind kriminelle Ausländer endlich konsequent auszuschaffen, so wie es das Volk beschlossen hat.

Zum andern müssen wir unsere Armee wieder so ausrüsten, dass sie in ganz verschiedenen Bedrohungssituationen die Sicherheit aufrechterhalten kann. Vergessen wir nicht, dass die Unsicherheit weltweit zunimmt. Staatszerfall im Nahen Osten und der Aufstieg des Islamischen Staates, verschärfte Ost-West-Spannungen und Krieg in der Ukraine, zunehmende islamistische Terrorgefahr...

# SVP bi dä Lüt

Von Chur bis Genf im Gespräch mit den Leuten auf der Strasse und an Messen.



## Ohne uns ...

... wäre die Schweiz Mitglied der Europäischen Union (EU)



... wären die Steuern, Abgaben und Bussen noch höher



... gäbe es noch mehr Missbrauch bei der Sozialhilfe



... würde die Masseneinwanderung unkontrolliert weitergehen



... würde die Ausschaffung krimineller Ausländer nicht einmal thematisiert



... mischte sich der Staat noch mehr ins Familienleben ein



... würden die Autofahrer noch mehr schikaniert



... stünden in der Schweiz immer mehr Minarett



## Von der Bauern- und Gewerbspartei zur heutigen SVP

Die Wurzeln der SVP liegen in der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB). In Zürich wurde 1917 die Bauernpartei gegründet, in Bern 1918 die Bauern- und Gewerbspartei. Sie schlossen sich 1921 zur BGB zusammen, die ab 1937 als Landespartei bestand. 1929 wurde mit Rudolf Minger, der ein grosser Freund von General Guisan war, erstmals ein Politiker unserer Partei in den Bundesrat gewählt. Wegen seiner volksverbundenen Art gilt Minger noch heute als einer der beliebtesten und bekanntesten Bundesräte der Schweizer Geschichte.

Während des Zweiten Weltkrieges schlug die Stunde von BGB-Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen: Um in einer entbehrungsreichen Zeit die Versorgung unseres Landes mit Nahrungsmitteln sicherzustellen, entwickelte er den berühmten «Plan Wahlen». In der folgenden «Anbauschlacht» wurden sogar in den Grünanlagen der Städte Kartoffeln, Zuckerrüben und Getreide angepflanzt. So konnte der Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Lebensmitteln von 52 Prozent (1939) auf 72 Prozent (1945) erhöht werden. Im

Jahr 1971 vereinigte sich die BGB mit der Demokratischen Partei der Kantone Glarus und Graubünden zur Schweizerischen Volkspartei (SVP).

1992 bekämpfte die SVP allein gegen die etablierten Kreise einen Beitritt der Schweiz in den EWR. Das Schweizer Stimmvolk folgte ihr und entschied sich für die Unabhängigkeit unseres Landes. Seither hat die Partei ihre Wählerbasis mehr als verdoppelt. Der Wähleranteil der SVP liegt heute national bei 26,6%.



Rudolf Minger und Friedrich Traugott Wahlen – zwei herausragende Bundesräte der BGB/SVP. Adolf Ogi sicherte sich als Bundesrat von 1987 bis 2000 die Herzen der Schweizerinnen und Schweizer mit seinem berühmten Satz «Freude herrscht». Christoph Blocher und Ueli Maurer machten die SVP zur stärksten Partei der Schweiz. Als Bundesräte von 2003 bis 2007 (Christoph Blocher) und seit 2009 (Ueli Maurer) sind und waren sie eine wichtige Stimme für Freiheit und Unabhängigkeit im Bundesrat.

### NATIONAL- UND STÄNDERATSWAHLEN 2015

## Unsere Schwerpunkte:

- ✦ Für die Selbstbestimmung der Schweiz – Nein zum schleichenden EU-Beitritt
- ✦ Für die Umsetzung einer griffigen Ausländer- und Asylpolitik
- ✦ Für tiefe Steuern, Stärkung des Werkplatzes und Sicherung der Arbeitsplätze

Unser Maskottchen: Wachhund Willy  
 Folge Willy im Internet: [www.svp.ch/willy](http://www.svp.ch/willy)  
 Folge Willy auf Facebook: [www.facebook.com/wachhundwilly](http://www.facebook.com/wachhundwilly)



## Interview

# Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin Ems-Chemie



Magdalena Martullo-Blocher am Scuntrada-Markt in Savognin mit Ochse «Elvis»



Magdalena Martullo-Blocher mit einem Ems-Lernenden in der Produktion (Juli 2015)



Magdalena Martullo-Blocher auf dem Werkplatz Domat/Ems

## Was ist Ihre Motivation, in die Politik einzusteigen?

Im Rahmen meiner Führungstätigkeit beim grössten Bündner Unternehmen erlebe ich die nationalen politischen Fehlentwicklungen und deren Auswirkungen auf Unternehmen und Bürger tagtäglich. Unsere aktuelle Bundespolitik leidet unter oberflächlichen Sachkenntnissen und leichtsinnigen Schnellschüssen. Überregulierung und ein ungebremster Staatsausbau belasten uns. Es

«Es gibt kaum einen Wirtschaftszweig, welcher nicht unter ausufernden Vorschriften und Bürokratie leidet.»

gibt kaum einen Wirtschaftszweig, welcher nicht unter ausufernden Vorschriften und Bürokratie leidet. Typische Beispiele finden sich im Umwelt- und Sicherheitsbereich, aber auch bei der Steuerhoheit oder in den Sozialsystemen.

## Warum kandidieren Sie im Kanton Graubünden?

Als grösste Bündner Unternehmerin bin ich mit dem Kanton und seiner politischen Situation seit über zehn Jahren geschäftlich und privat eng verbunden. So weiss ich aus eigener Erfahrung, wo der Schuh drückt. Für Graubünden als Randkanton ist es nicht einfach, in Bern Gehör zu finden. Das kann ich als Nationalrätin ändern.

## Für was für eine Schweiz setzen Sie sich ein?

Ich setze mich für eine eigenständige und föderalistische Schweiz ein, mit einer leistungsfähigen Wirtschaft, einer produktiven Landwirtschaft und mit Politikern, welche den Mut haben, sich für die Stärken, die Eigenheiten und die Freiheit der Schweiz einzusetzen.

## Wollen Sie nun auch in der Politik in die Fussstapfen Ihres Vaters treten?

Ich sehe mich nicht als seine politische Nachfolgerin. Mein Anliegen ist eine bessere Politik in Bern. Leider ist das trotz jahrzehntelangem, intensivem Engagement meines Vaters immer noch nötig. Gerade auch in Bezug auf die anstehenden Verhandlungen mit der EU, bei denen automatisch EU-Recht übernommen und die Unterstellung unter die EU-Gerichtsbarkeit vom Bundesrat angestrebt wird. Ein gut besetztes Parlament kann das verhindern.

## Was sind die grössten Herausforderungen für Sie als Exportunternehmerin?

Neben der Gefahr der Übernahme von EU-Recht, sind es die Energiepolitik des Bundes und all die neuen Regulierungen, welche die Handlungsfreiheit von Unternehmern einschränken. Die Beibehaltung der attraktiven Steuerquote. Der Erhalt unseres erfolgreichen dualen Ausbildungssystems mit mehr Gewicht auf den mathematisch-naturwis-

senschaftlichen Fächern, wo die Schweiz auch am meisten Arbeitsplätze in der Exportindustrie hat.

## Wie beurteilen Sie die bilateralen Beziehungen Schweiz-EU?

Die Schweiz und der Wirtschaftsstandort Schweiz fahren ohne EU-Anbindung viel besser, solange sie eigene gute Lösungen finden. Die automatische Übernahme von EU-Recht lässt hier keinen Spielraum. Das politische EU-System ist nicht wirtschaftsfreundlich. Das Volk hat die Masseneinwanderungsinitiative angenommen, wir müssen sie umsetzen, ohne dass die Bilateralen gefährdet sind. Hier gibt es auch Lösungsansätze. Der Bundesrat und die Mehrheit der Parteien wollen sie einfach nicht aufnehmen.

## Die Energiewende ist ein geflügelter Begriff – Ihre Einschätzung?

Ich glaube, der Bundesrat und viele Parlamentarier haben inzwischen realisiert, dass die Energiestrategie 2050, welche die Sonnen-/Windenergie so stark subventioniert, dass nicht einmal mehr die Wasserkraft konkurrenzfähig ist, in der Praxis nicht funktioniert. Sie haben aber nicht die Grösse, das zuzugeben und umzukehren. Inzwischen

«Gute Politik muss auch gar nicht so aufwendig sein.»

werden für immense Summen Fehlinvestitionen gemacht und die Stromversorgungssicherheit gefährdet. Wir werden diese Fehlstrategie noch lange spüren!

## Sie sind 3-fache Mutter und Unternehmerin – wie bringen Sie das alles unter einen Hut?

Wie immer: Ich versuche mich möglichst gut zu organisieren. Gute Politik muss auch gar nicht so aufwendig sein. Eine gute Lösung hängt nicht von möglichst ausgefeilten und ausführlichen Paragraphen ab!

«Das politische EU-System ist nicht wirtschaftsfreundlich.»

## Magdalena Martullo-Blocher

- ▶ Nationalratskandidatin Graubünden
- ▶ Unternehmerin
- ▶ Chefin Ems-Chemie, Vorstandsmitglied Verband Chemie/Pharma/Biotech
- ▶ verheiratet, 3 Kinder
- ▶ Jahrgang 1969, wohnhaft in Meilen und Lenzerheide



# Autofahrer nicht kriminalisieren

Bisher hat der Autofahrer gezahlt, neuerdings wird er sogar kriminalisiert. Ein eigentlicher Bussenterror und willkürliche Eingriffe ins Privatleben sind die Folgen des Via-sicura-Gesetzespakets. Es braucht Gegensteuer. Die Autofahrer sind über das Geld, das sie in Form von Steuern, Gebühren und Abgaben abliefern, sonst schon wahre Milchkühe.

«Die Autofahrer sind wahre Milchkühe.»

analysen und Blutuntersuchungen zeigen, kein regelmässiger Alkoholkonsum im Spiel ist, ist sie damit für die Behörden als Alkoholikerin abgestempelt. Sie zahlt nicht nur – was selbstverständlich ist – eine Busse und muss den Ausweis für mehrere Monate abgeben, sondern sie erhält auch über Jahre Auflagen, wie sie sich im Alltag zu verhalten hat und wie viel Alkohol sie konsumieren darf. Zudem muss sie regelmässig Haarproben abgeben, um ihr Verhalten kontrollieren zu lassen. Eine Entmündigung sondergleichen.

Oder der junge Gewerbler, der im Stress bei der Ablieferung einer Offerte eine Geschwindigkeitsübertretung begeht, auf einer einsamen, völlig ungefährlichen Strecke. Der Führerausweis ist für Monate weg. Die Geldstrafe beläuft sich auf 20'000 Franken. Seine berufliche Existenz ist in Gefahr.

## Polizei für Verkehrsbussen statt Sicherheit

Die Autofahrer werden heute in absurder Weise kriminalisiert. Die Zahl der Verkehrstoten beträgt nur noch einen Drittel des Wertes vor 30 Jahren. In der gleichen Zeit haben sich die Verurteilungen nach

Strassenverkehrsgesetz verdreifacht. Die Ausweiszüge haben sprunghaft zugenommen. Bei den Kantonen sind die Verkehrsbussen heute fix budgetierte Einnahmepos-

«Die Autofahrer werden heute in absurder Weise kriminalisiert.»

ten, welche durch die Polizei heringeholt werden müssen. Sie belaufen sich auf mittlerweile rund 700 Millionen Franken pro Jahr.

Mit Sicherheit hat dies nichts mehr zu tun. Vielmehr fehlen die Einsatzkräfte für andere Aufgaben.

## Kampf der Willkür

Es kann nicht sein, dass die Autofahrer willkürlich kriminalisiert werden, hohe Bussen erhalten und lange auf ihren Führerausweis verzichten müssen, während Einbrecher und Diebe mit bedingten Geldstrafen davonkommen. Weltfremde Politiker haben dieser Entwicklung mit dem übertriebenen Via-sicura-Gesetzespaket Vorschub geleistet. Die grotesken Auswüchse dieser verunglückten Gesetzgebung sind rasch zu korrigieren und rückgängig zu machen.



Nationalrat Albert Rösti, Ständeratskandidat, Uetendorf (BE)

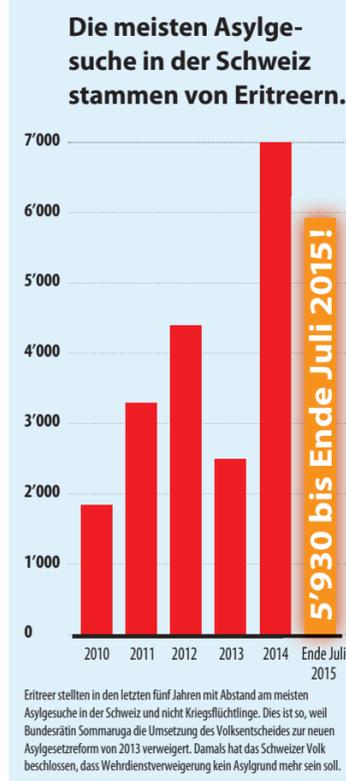
Eine junge Frau trinkt an einem Abend über den Durst und wird auf ihrem Motorradroller angehalten. Die Blutalkoholkonzentration liegt bei 1,6 Promille. Auch wenn die Frau noch nie mit dem Gesetz in Konflikt kam und, wie später Haar-

# Asyl: Unverzögerlich handeln!

Die Situation im Asylwesen spitzt sich zu. Immer mehr Illegale und Wirtschaftsmigranten gelangen durch Schlepper in die Schweiz, obwohl sie nicht an Leib und Leben bedroht sind. Die Kosten im Asylbereich explodieren. Die belastenden Folgen in verschiedensten Bereichen tragen die Kantone und Gemeinden. Die einheimische Bevölkerung ist zunehmend verunsichert. Die SVP verlangt vom Departement Sommaruga endlich ein entschiedenes Handeln und die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze.



Für das Jahr 2015 rechnet der Bund mit gegen 30'000 Asylgesuchen. 60% dieser Personen dürfen langfristig in der Schweiz bleiben, obwohl die wenigsten verfolgt werden oder an Leib und Leben bedroht sind.



Heinz Brand,  
Nationalrat,  
Klosters (GR)

Die Schweiz hat eine lange Tradition der Aufnahme von Flüchtlingen, die an Leib und Leben bedroht sind. Diese Asyltradition wird jedoch untergraben, wenn jeder, der in die Schweiz kommt, auch hier bleiben darf, egal ob er Anspruch auf Asyl hat oder einfach ein besseres Leben sucht. Genau das geschieht seit einiger Zeit und führt je länger, je mehr zu Un-

mut, Unfrieden und Spannungen im Land. Über die offenen Grenzen gelangen zunehmend Personen in die Schweiz, welche in erster Linie von den hohen Sozialleistungen, der guten Sicherheitslage und der ausgezeichneten medizinischen Versorgung profitieren möchten.

#### Immer mehr Missbräuche

Die Sogwirkung dieser verfehlten Politik ist enorm. Die Folgen sind zunehmend untragbar:

- ▶  $\frac{2}{3}$  aller Asylsuchenden werden als Flüchtlinge anerkannt oder werden vorläufig aufgenommen (2013 war es noch nicht einmal  $\frac{1}{3}$ ).

Dies, obwohl sich die Situation in den wichtigsten Herkunftsländern kaum verändert hat.

- ▶ Die meisten Asylsuchenden stammen aktuell aus Eritrea. Sie kommen also nicht aus Krisen- oder Kriegsgebieten wie beispielsweise Syrien, wie häufig behauptet.

- ▶ Die Schweiz hat in den letzten 30 Jahren im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viele Gesuche verzeichnet und war damit wesentlich stärker belastet mit

« 6 Milliarden Franken für die Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie »

Asylsuchenden als die meisten europäischen Staaten.

- ▶ Die Kosten der Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie sind inzwischen auf rund 6 Milliarden Franken angewachsen. Allein die Kosten für den Asylbereich auf allen Stufen wird auf mindestens 3 Milliarden Franken geschätzt.

- ▶ Davon sind je länger, je mehr auch die Gemeinden betroffen, welche bereits nach wenigen Jahren die vollen Kosten – insbesondere der Sozialhilfe – zu tragen haben.

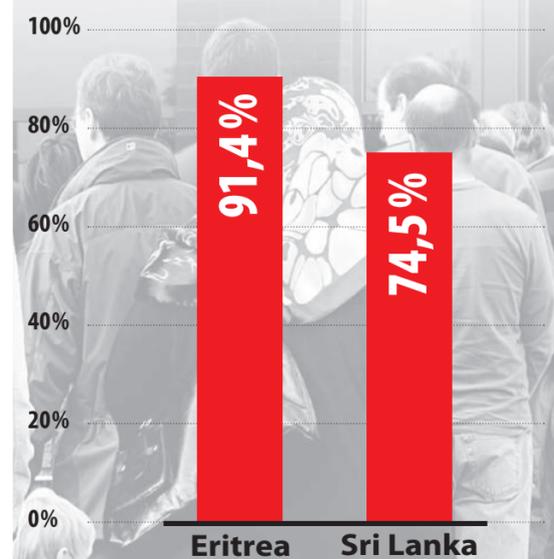
- ▶ Es gibt viel zu viele Missbräuche: Während Personen im Asylbereich rund 0,6% der Bevölkerung

ausmachen, wurden im letzten Jahr 4 Prozent aller Verstösse gegen das Strafgesetzbuch von ihnen verübt.

« In Bundesbern kämpft ausschliesslich und nachweislich die SVP für eine konsequente Asylpolitik. »

In Bundesbern kämpft ausschliesslich und nachweislich die SVP für eine konsequente Asylpolitik und gegen die zunehmenden Missbräuche. Mehr SVP im Parlament bedeutet deshalb auch weniger Missbräuche und damit weniger Kosten.

## Sozialhilfequote (erwerbsfähige Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene 2012):



Im Vergleich dazu lag die Sozialhilfequote bei Schweizer Bürgern im Jahr 2013 bei 2,2%.

Quelle: Antwort Bundesrat auf Vorstoss der SVP

## Kommentar

### Seit 25 Jahren kämpft die SVP für eine konsequente Ausländer- und Asylpolitik. Ihre Forderungen sind berechtigt und klar.

Im Asylbereich braucht es dringend ein Moratorium für mindestens ein Jahr. Das heisst: keine neuen Asylanerkennungen und keine neuen vorläufigen Aufnahmen. Um dies zu erreichen, sind die Grenzen wieder eigenständig zu kontrollieren und illegale Einwanderer konsequent abzuhalten. Grundsätzlich muss die geltende Bestimmung endlich angewandt werden: Wer aus einem sicheren Drittstaat in die Schweiz einreist, hat kein Anspruch auf ein Asylverfahren in der Schweiz. Im Gegenzug ist ein Ausbau der Hilfe vor Ort angezeigt. Die Mittel dazu sind im Budget von rund 3 Milliarden Franken pro Jahr für die Entwicklungshilfe vorhanden.

### Zuwanderung begrenzen

Die Zuwanderung ist unverzüglich gemäss der von Volk und Ständen angenommenen Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» zu steuern und dadurch markant zu senken. Die Instrumente dazu, Kontingentierung und ein Inländervorrang, sind im neuen Verfassungsartikel festgeschrieben. Ebenso sind die Ansprüche auf Sozialleistungen und auf Familiennachzug zu beschränken. Die Vorgaben des Stimmbürgers an den Bundesrat sind klar – nun muss er diese endlich umsetzen.

Yvette Estermann,  
Nationalrätin und  
Ständeratskandidatin,  
Kriens (LU)



# Haben Sie Fragen zu den Wahlen?



**Gratis-Hotline: 0800 002 444**

**Kostenlose kompetente Auskunft!**

Ab dem 14. September bis am 17. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2015 informieren. Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Freitag von 11.00 – 19.00 Uhr und am Samstag von 9.00 – 15.00 Uhr für Sie da.

**Fragen per Mail: wahlen@svp.ch**

Frei bleiben - SVP wählen!  
www.svp.ch



# SVP ist die einzige Partei...

... die garantiert, dass

- die Zuwanderung begrenzt wird
- die Missbräuche im Asylwesen beseitigt werden
- kriminelle Ausländer ausgeschafft werden
- ein Anschluss an die EU verhindert wird



**Darum am 18. Oktober**

**SVP wählen.**

www.svp.ch

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5



## Wettbewerb

# Welcome to SVP: Was machen die denn da?



- G Ist am Kuchenbacken
- W Verteidigt das Bankkündengeheimnis



- A Hat seine Traumfrau gefunden und ist hin und weg
- E Nimmt nach einem guten Kirsch auch noch K.o.-Tropfen



- L Teilt Picknick mit seiner Einger Kampfkuh
- S Hat keine Freunde



- O Entspannt sich nach der Arbeit
- C Sieht sich eine Sendung mit Roger de Weck im SRF an



- OM Liest wie immer die WOZ auf dem Klo
- IE Hat den Verlag gewechselt



- ET Hört sich neuen Song Welcome to SVP an
- UN Sammelt alte Radios



- O Wäscht Geld in der Waschmaschine
- D Ist neu Hausmann



- L Macht Werbung für Zahnpasta
- S Staubt als Medizinhistoriker seine Knochengestelle ab



- V Springt als alter Fallschirmgrenadier in den Pool
- I Macht beim Topmodel-Wettbewerb mit



- P Fährt mit Gripen-Kampfflieger Velo
- V Frönt seinem Hobby Modellfliegerbasteln

Die richtige Antwort lautet: \_\_\_\_\_ Kreuzen Sie die korrekten Antworten an, reihen Sie die Buchstaben aneinander und schicken Sie die Lösung ein.

1. Preis: Eine Übernachtung inkl. Nachtessen, für 2 Personen im Haus der Freiheit von Toni Brunner
2. Preis: Ein SVP-Wachhund Willy «Special Edition» mit Nummer
3. Preis: Ein Mittagessen mit Toni Brunner für 2 Personen im Haus der Freiheit, www.hausderfreiheit.ch
4. bis 10. Preis: Eine CD/DVD mit dem Song Welcome to SVP

www.welcometosvp.ch

**Jetzt den Song**  
**Welcome to SVP kaufen!**  
 Sende eine SMS mit dem Text "SVP 2015" an die Nummer 900.  
CHF 1.50 wird dir direkt von deiner Handyrechnung abgebucht und der Song automatisch per SMS verschickt.

## Ich setze mich auch für eine freie, unabhängige und souveräne Schweiz ein.

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. meinem Bezirk/meiner Region werden. Die Parteimitgliedschaft ist zu vergleichen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein.
- Bitte schicken Sie mir das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort Ihren Newsletter an nebenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich unterstütze die SVP und spende \_\_\_\_\_ Franken auf das **PC 30-8828-5**.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich unterstütze die Volksinitiative Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative). Bitte schicken Sie mir \_\_\_\_\_ Unterschriftenbogen zu.
- Wettbewerb:** Ich möchte nur am Wettbewerb teilnehmen.
- Bitte senden Sie mir eine CD/DVD mit dem Song Welcome to SVP für Fr. 5.– zu.

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

**Ausschneiden und in einem Couvert senden an:**  
 SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern, E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59



# Politlandschaft Glarnerland

**Aufgrund der Gemeindefusion im Kanton Glarus – seit dem 1. Januar 2011 – gibt es im ganzen Kanton nur noch drei politische Gemeinden, die gleichzeitig je einen von drei Landratswahlkreisen bilden – der Landrat ist die Legislative des Kantons. Demnach hat sich auch die «Landschaft» der politischen Parteien verändert und angepasst, indem die kleinen örtlichen Sektionen, auch bei der SVP, sich der Logik folgend auflösten beziehungsweise zu einer auf die jeweilige Gemeinde ausgerichteten, entsprechend vergrösserten Parteiorganisation zusammengeschlossen haben. Also besteht die glarnerische SVP aus noch drei Sektionen – Glarus Nord, Glarus, Glarus Süd – und diese gemeinsam verkörpern die Kantonalpartei.**

## Unsere eidgenössischen Parlamentarier

Der Kanton Glarus hat natürlich seine 2 Ständeräte, derzeit Dr. Thomas Hefti (FDP) und Werner Hösli (SVP); zudem hat unser Kanton als Wahlkreis für den Nationalrat, von dessen 200 Sitzen in Bern, aufgrund der verhältnismässig kleinen Einwohnerzahl Anspruch auf lediglich 1 Mandat. Nachdem Werner Marti (SP) auf Ende 2008 zurückgetreten war, wählte das Glarner Stimmvolk Martin Landolt (BDP), Näfels, als Martis Nachfolger. Landolt ist 2012 zudem Präsident der BDP Schweiz geworden und stellt sich nun zur Wiederwahl als Glarner Nationalrat. Insbesondere im Glarnerland ist bekannt, dass Landolt bis vor der Gründung der BDP (Sommer 2008) und der Teilspaltung von der SVP noch als Mitglied der SVP Politik machte, er schon Jahre zuvor Landrat und 2007 dessen Präsident war. Seinen Abgang von der SVP begründete Landolt damals wie folgt: «Ich habe vor allem mit dem Stil Mühe und vermisste die Fairness in der parteiinter-

nen Auseinandersetzung.» Der Partei Austritt Landolts mit 7 weiteren Landräten und auch Regierungsrat Robert Marti aus der SVP und die anschliessende Gründung der glarnerischen BDP erfolgte im Zusammenhang mit der Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher und vor dem darauf entstandenen Hintergrund des Ausschlussverfahrens der SVP Schweiz gegen die SVP Graubünden, weil diese an der SVP-Mitgliedschaft von Eveline Widmer-Schlumpf, der Nachfolgerin Blochers als Bundesrätin, festgehalten hatte.

## Der SVP Glarus glanzvolles Wahljahr 2014

Nach den Regierungsratswahlen vom Februar 2014 hatte die SVP Glarus auch bei den Wahlen vom 1. Juni 2014 nochmals ausgiebig Grund zum Feiern. Dieser Tag war nicht nur in Bezug auf die Landratswahlen ein Erfolg für die SVP, sondern ebenso bei der Ersatzwahl des frei gewordenen Ständeratsmandats. Bereits im 1. Wahlgang hatte SVP-Kandidat Werner

Hösli im von nicht weniger als 6 Mitkonkurrenten (1 CVP, 1 GLP, 1 Grün, 3 «wilde» Bewerber, wovon 2 FDP-Mitglieder) bestrittenen, turbulenten Wahlkampf mit 3597 Stimmen das klar beste Resultat erzielt (der Zweitplatzierte kam auf 1813 Stimmen). 4 Kandidaten zogen sich nun zurück. Im 2. Wahlgang setzte sich Hösli dann souverän durch: 4221 Stimmen waren fast so viele Stimmen, wie seine beiden Konkurrenten zusammen erreichten (Karl Stadler, Grüne: 2292; Dr. Stefan Müller, CVP: 2058). Damit konnte die SVP den bisherigen Sitz von This Jenny im Ständerat über Erwärten klar für sich entscheiden. Der SVP ist es ein Herzensanliegen, auch an dieser Stelle nochmals der tiefen Anteilnahme über die tragische Erkrankung und den nur wenige Monate danach erfolgten Hinschied von This Jenny Ausdruck zu verleihen. Seine Schaffenskraft, sein unternehmerisches und politisches Talent, seine Zivilcourage, seine Geradlinigkeit und Kameradschaft strahlen auf uns hinaus und sollen uns Vorbild bleiben.



Typisch Glarnerland; alte Fabrik und Berge, markant: der Tödi im Hintergrund. (Quelle: wikipedia.org)

## Wahlen 2015



Der Ständeratssaal in Bern. Die Bevölkerung wartet gespannt darauf, wer nach den Wahlen im Oktober 2015 alles in den erlauchten Räumen des National- und des Ständerates sitzen wird. (Quelle: www.parlament.ch)

### Erneuerung Bundesparlament

Im Kanton Glarus sind in diesem Jahr ausschliesslich die eidgenössischen Parlamentarier wiederzuwählen. Die Gesamterneuerungswahlen des Regierungsrates, des Landrates (60 Mitglieder) sowie der Gemeindebehörden haben im Februar bzw. im Juni 2014 stattgefunden und stehen angesichts der vierjährigen Amtsperiode erst im Jahr 2018 wieder an.

### Ständerat: Kandidatur von Werner Hösli (SVP), bisher

Die Glarner SVP hat sich an einer Delegiertenversammlung vor wenigen Wochen unumstritten und einmütig für eine erneute Kandidatur Werner Hösli als Ständerat ausgesprochen. Seine Verdienste sind unter den folgenden Rubriken beschrieben. Auch das Interview mit ihm gibt klare Aufschlüsse über seine geradlinige, sachbezogene und engagierte Politik zum Wohl der Schweiz und besonders für das Glarnerland und dessen Bevölkerung.

### Nationalratswahlen

Nach jetzigem Stand der Dinge wird die SVP Glarus keine eigene Kandida-

tur für die Nationalratswahlen 2015 portieren. Die SVP hat gewiss Anspruch auf 1 der 3 im Kanton Glarus zu vergebenden Eidgenössisch-Parlamentarier-Sitze. Ambitionen auf gar 2 SVP-Sitze in Bern zu hegen, wäre etwas gewagt. Der gegenwärtige Glarner Nationalrat Martin Landolt, gleichzeitig BDP-Schweiz-Präsident, hat schon mehrmals mit heftigen Vorwürfen gegen die SVP angeeckt und Aufsehen erregt. Vor allem die Vergleiche zwischen dem Nazi-Regime und der SVP waren sehr befremdend und sind einer konstruktiven Zusammenarbeit abträglich. Zudem würde sich die SVP von der BDP, aber auch allen übrigen Parteien eine deutliche Haltung für das Festhalten an der politischen Unabhängigkeit der Schweiz wünschen.

Wie auch immer, für den glarnerischen Nationalratsstz erhofft sich die SVP Glarus, dass eine Person gewählt wird, die nachhaltig für eine bürgernahe Politik unter Berücksichtigung der Interessen unseres Kantons eintritt und mit welcher auch eine faire, konstruktive Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg gewährleistet ist.

## Die Fusion im Glarnerland – Rückblick, Gegenwart, Zukunft

**Seit dem 1. Januar 2011 besteht der Kanton Glarus noch aus drei Gemeinden. In den zurückliegenden viereinhalb Jahren ist manches geschehen. Bis zum 31. Dezember 2010 bestand der Kanton Glarus noch aus 25 Ortsgemeinden (politische Gemeinden), nebst dem, dass damals separat auch Schulgemeinden, Fürsorgegemeinden sowie Bürger- bzw. Tagwensgemeinden existierten.**

Überdies gab es die sogenannten Wahlgemeinden – in grösseren Ortschaften, waren zwar diese praktisch identisch mit den Ortsgemeinden; vereinzelt kleinere Ortschaften vor allem im Hinterland und Sernftal, bildeten nicht allein, sondern zu zweit oder dritt diese Körperschaft, die insbesondere bei der Wahl des Landrates, im Sinne eines Wahlkreises, von Bedeutung war. Aufgrund der Kantonalisierung des Sozial- und Vormundchaftswesens wurden die Fürsorgegemeinden bereits per 1. Januar 2008 aufgehoben. Und mit der Grossfusion, in Kraft seit dem 1.1.2011, entfielen die Schulgemeinden und (soweit sie nicht bereits vorher aufgelöst waren) auch die Tagwensgemeinden, deren Pflichten und Rechte (vor allem Landwirtschaftsboden, Wald und Alpen) in die jeweilige politische Gemeinde integriert wurden.

### Auswirkungen der Fusion

Mit den vielen Arten von Gemeinden lag es auf der Hand, eine gewisse Bündelung anzustreben. Die Frage dabei, wie stark zentralisiert man? Wird das föderale System nicht allzu sehr strapaziert oder gar untergraben? Die

Stimmen, dass Fusionen zu beispielsweise sieben bis zwölf statt zu nur drei Gemeinden, und wenn schon durch Volksbeschlüsse in einem föderal-demokratischeren Prozedere, zu einer besseren Lösung und vermehrter Akzeptanz im Volk geführt hätten, oder es sogar genügt hätte, den vorherigen Status quo nur leicht zu modernisieren, sind nicht ganz verstummt. Auch bei den vollzogenen Verschiebungen in den Zuständigkeiten zwischen Kanton und Gemeinden, etwa im Schul- oder Sozialwesen, werden nicht alle detaillierten Regelungen unisono als sinnvoll erachtet.

### Ein grosser Wurf?

Die Grossfusion auf kommunaler Ebene im Glarnerland, so hatten die Befürworter vor bald zehn Jahren verheissen, werde vieles vereinfachen und vergünstigen. Es war der angeblich «grosse Wurf», der aber in grossen Teilen der Bevölkerung erheblicher Kritik ausgesetzt war und es auch heute ist, gerade beim einfachen und bodenständigen Volk, das weitgehend der SVP nahesteht. Die Zahl der fusionskritischen Leute im Glarnerland hat gegenüber den Anfängen mög-

licherweise sogar zugenommen. Es wird zwar kaum moniert, die formell vollzogenen drei Fusionen seien rückgängig zu machen, aber es gelte noch vieles zu verbessern. Selbst in Kreisen der politischen Elite zeigt sich, dass die anfängliche Euphorie sich deutlich abgeschwächt hat. Bei aller Sachlichkeit ist nach rund fünf Jahren seit der Inkraftsetzung festzuhalten, dass die Prognosen der Fusions-«Turbo» allzu optimistisch waren und noch vieles verbesserungsbedürftig ist.

### Die weiteren Aussichten

Generell ist zur Fusion zu sagen: Es gilt nun, innerhalb der jetzt geltenden Strukturen Verbesserungen anzustreben. Die Behörden aller drei Gemeinden und der Regierungsrat zeigen sich optimistisch, dass die gesetzten Ziele im Laufe der kommenden Jahre erreicht, vielleicht sogar übertroffen werden. Die SVP wird bestimmt das politische Geschehen auch fortan aufmerksam verfolgen, sich konstruktiv und sinnvoll einbringen, ob basisdemokratisch anlässlich der Gemeindeversammlungen oder in politischen Gremien durch die vom Volk gewählten (SVP-) Behördenmitglieder.



# Landsgemeindekanton Glarus

Wie noch in Appenzell Innerrhoden ist auch im Kanton Glarus bis zum heutigen Tag die Landsgemeinde als oberstes politisches Organ erhalten geblieben.

Der Kanton Glarus zählt gegenwärtig 40'000 Einwohner und hat 26'000 Stimmberechtigte. Jeweils am ersten Sonntag im Mai haben die stimmberechtigten Glarnerinnen und Glarner Gelegenheit, sich auf dem Zaunplatz in Glarus zu versammeln. Der Glarner Landsgemeinde eigen ist, dass jede Stimmbürgerin und jeder Stimmbürger das Recht hat, Anträge auf Unterstützung, Abänderung, Ablehnung, Verschiebung oder Rückweisung zu stellen. Alle neuen Gesetze und Gesetzesänderungen werden vom Landrat vorberaten, die entsprechend endgültigen Entscheide obliegen aber der Landsgemeinde, so auch der Steuerfuss und alle wichtigen Sachgeschäfte, bei frei bestimmbar einmöglichen Ausgaben ab der Ausgabenhöhe von einer Million Franken. Die Mitglieder des Land- und des Regierungsrates werden zwar an der Urne gewählt. Der Landsgemeinde obliegen noch (aus dem Kreis der an der Urne gewählten Regierungsräte:) die Wahl des Landammanns (also des Regierungsvorsitzenden, der auch die Landsgemeinde leitet) und des Landesstatthalters (Stellvertreter des Landammanns),

zudem die Wahl der Präsidenten und Mitglieder der Gerichte.

### Tradition

Die Landsgemeinde beruht auf einer grossen Tradition. Ihr Nachteil gegenüber Urnenabstimmungen besteht darin, dass knappe Entscheide manchmal bestritten sind, weil die Stimmen nicht gezählt werden können, sondern vom Landammann, manchmal mithilfe seiner vier Kolleginnen/Kollegen des Regierungsrates, abgeschätzt werden. Hin und wieder lässt auch die Stimmbeteiligung zu wünschen übrig; sie ist aber verhältnismässig noch entschieden besser als bei den Gemeindeversammlungen.

Das Glarner Volk und alle politischen Parteien, so auch grossmehrheitlich die SVP, vertreten aber bis heute die Ansicht, dass die Vor- gegenüber den Nachteilen zur Aufrechterhaltung der Landsgemeinde überwiegen und diese Urform der Demokratie bewahrt werden soll. Derzeit unvorstellbar, wenn am ersten Sonntag im Mai die Landsgemeinde nicht mehr zum Glarner Leben gehörte.



Die Stimmberechtigten stehen «im Ring» und halten ihre Stimmrechtsausweise hoch, während Zuschauer auf Tribünen zuschauen. (Quelle: wikipedia.org)

## SVP – eine Hochburg auch im Kanton Glarus

Mit einem Wähleranteil von 28,9 % anlässlich der Kantonsparlamentswahlen vor einem Jahr, am 1. Juni 2014, hat sich die SVP als klar stärkste Partei im Kanton Glarus etabliert.

Es kam zu folgenden weiteren Wahlergebnissen. FDP: 18,5 %, BDP: 15,1 %, SP: 11,5 %, Grüne: 10,8 %, CVP: 10,5 %, GLP: 4,6 %, SLB: 0,1 %. Während der glarnerischen Amtsperiode 1.7.2014–30.6.2018 stellt die SVP damit 17 Mitglieder in dem aus 60 Sitzen bestehenden Glarner Landrat. Damit hat sie gegenüber der vorherigen Amtsperiode die Sitzzahl gehalten und ihre Position als klar stärkste Fraktion im Glarnerland untermauern können. Ausserdem ist es der SVP bei den Wahlen der Exekutive im Februar letzten Jahres gelungen, im fünfköpfigen Regierungsrat wieder einen Sitz für sich zu beanspruchen, nachdem,

infolge des Übertritts von Röbi Marti zur BDP, die SVP während einigen Jahren in der Glarner Regierung nicht mehr vertreten war. Der Rückgewinn dieses Sitzes in der Regierung ist zustande gekommen nach der Demission von Marianne Dürst Benedetti (FDP). Das SVP-Mitglied Marianne Lienhard-Marti aus Elm schaffte den Einzug in die Regierung mit einem sehr guten und dem von den Neukandidierenden klar besten Ergebnis souverän. Dennoch gelang es der FDP überraschenderweise, ihren zweiten Regierungssitz zu halten, dies auf Kosten der abgewählten bisherigen SP-Vertreterin. Neben dem SVP-Sitz und

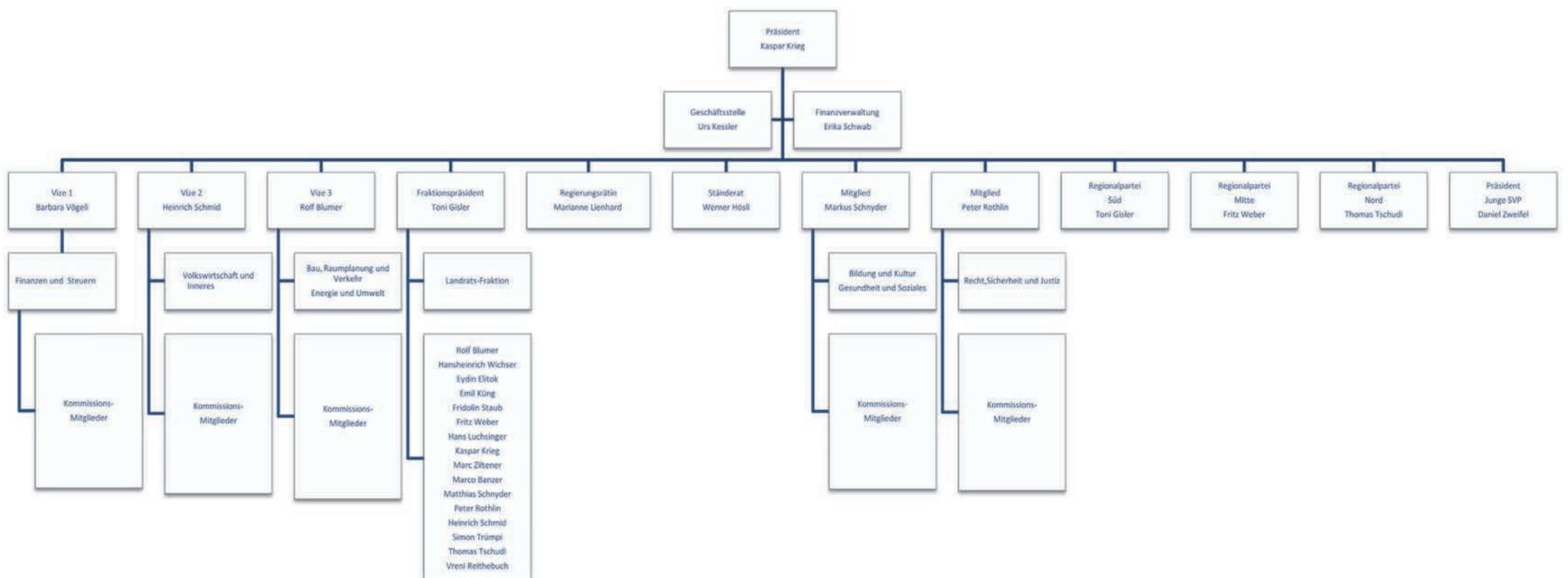
den 2 Sitzen der FDP gehören je 1 Vertreter der CVP und der BDP (weiterhin Röbi Marti, ehemals SVP) der Glarner Regierung an.

### Innerparteiliche Tätigkeit der SVP Glarus

Seit der Delegiertenversammlung (DV) vom 16. April 2015 heisst der SVP-Kantonalpräsident Kaspar Krieg. Schon viele Jahre ist der Niederurner Mitglied des Landrates, den er in der Amtsperiode 2013/2014 auch präsidiert hat. Die SVP Glarus ist dankbar, dass mit Kaspar Krieg wiederum ein anerkannter Politiker, sehr zuverlässig, bewährt, und viel Erfahrung mit-

einbringend, die Parteileitung übernommen hat. Der bisherige Parteivorsitzende Marc Ziltener aus Mollis, der ein sehr aktiver Präsident war und einiges bewirken konnte, auch viele Jahre dem Kantonalvorstand angehörte, möchte fortan mehr Zeit für Familie und Beruf haben, bleibt aber als Landrat der SVP erhalten. Die DV im April verabschiedete auch die neuen Statuten und ein neues Führungsleitbild. Zudem wurden verschiedene Vizepräsidenten gewählt, die für einzelne Ressorts zuständig sind, sodass die ganze Parteiarbeit nun auf mehrere Schultern verteilt ist und das Wirken der SVP Glarus in zweckmässiger

Weise weiter belebt werden kann. Die SVP Glarus besteht aus den drei regionalen Parteien Glarus Nord, Glarus (Mitte) und Glarus Süd sowie der kantonalen Sektion der Jungen SVP (JSVP). Neben einer bürgernahen kantonalen und kommunalen Politik sieht sich die SVP Glarus den bekannten Prinzipien der SVP Schweiz verpflichtet; sie unterstützt und setzt sich ein unter anderem für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie die Erhaltung und die Unabhängigkeit unseres Rechtsstaates Schweiz nach dem Grundsatz von Freiheit, Demokratie und der bewaffneten Neutralität.





# Interview mit einem jungen SVP-Mitglied

« Die Probleme im eigenen Land beschäftigen mich. Ich will dabei auch meinen Horizont erweitern und dazu noch etwas Gescheites tun. »

Michael Herta, Näfels

Das folgende Interview zeigt auf, dass auch im Glarnerland bereits jüngere oder sogar noch zur Schule oder in die Lehre gehende Menschen sich um die Eigenständigkeit und die drohende Überbevölkerung unseres Landes von aussen ihre Sorgen machen.

## Michael Herta aus Näfels

Jahrgang 1995, aufgewachsen in Näfels, Schulen besucht in Näfels (Primar und Sekundar); anschliessend gearbeitet als Werbetechniker; absolviert nun (seit Sommer 2015) die Berufslehre als Landschaftsgärtner bei der Hans Landolt Gartenbau AG, Näfels.

Hobbys: Politik, Fasnacht (Mitglied der Maskengruppe «Novale»), Jagd (beabsichtigt, die Jagdprüfung abzulegen), Natur, Musik, Verkehrsverein Näfels, Schützenverein, Feuerwehr, Turnverein Näfels, Interesse an Eishockey.

**Frage:** Was motiviert Dich politisch, und warum?

**Michael Herta:** Die geopolitische Lage ringsherum. Ebenfalls die unsäglichen Tendenzen im eigenen Land, dass wer sich als Patriot zeigt, ins rechtsradikale Lager gestellt wird. Darf man denn sein eigenes Land nicht mehr lieben?

Auch die Auslegung der Asyl- und Sozialpolitik gibt mir zu denken und interessiert mich – Stichwort «Ideologien von links» / «EU-Politik», Wirtschaftspolitik. Der Standort Schweiz muss der Wirtschaft wieder mehr Spielraum lassen.

Es gilt anzupacken, statt die Faust im Sack zu machen. Es hat mich beeindruckt, dass man schnell und konkret Kontakt mit mir aufgenommen hat, als ich erstmals mein Interesse für die SVP zum Ausdruck brachte. Ebenfalls

durfte ich eine ernsthafte Gastfreundschaft und Diskussionsbereitschaft an der ersten Veranstaltung, an der ich teilnahm, feststellen.

**Frage:** Wo siehst Du Dich politisch?

**Michael Herta:** Ich sehe mich bürgerlich rechts. Für das Volk und die Wirtschaft. Wir müssen wieder für das eigene Volk schauen. Stichworte: «Entvölkerung der Randregionen» und «Landwirtschaft in Randgebieten».

Bodenständige Politik darf nicht verloren gehen. Das Schweizer Volk muss wieder mehr im Mittelpunkt stehen, wenn politische Entscheide gefällt werden. Unterstützung nach aussen muss mit Augenmass – wer bezahlt das Ganze? – durchgeführt werden.

**Frage:** Was motiviert Dich an politischer Basisarbeit?

**Michael Herta:** Die Probleme im eigenen Land beschäftigen mich. Ich will dabei auch meinen Horizont erweitern und dazu noch etwas Gescheites tun.

**Frage:** Kannst Du Dir vorstellen, ein politisches Amt zu bekleiden?

**Michael Herta:** Momentan bin ich noch nicht dazu bereit; die Basisarbeit steht noch im Vordergrund. Meine Ausbildung, die ich gerade begonnen habe, geniesst Vorrang. Zukünftig jedoch ist auch ein politisches Amt durchaus eine Möglichkeit. Aber es kann auch schon früher sein, falls ich

das Gefühl bekomme, ich wäre für die Aufgabe bereit.

**Frage:** Ihr Schlusswort?

**Michael Herta:** Mir liegt es am Herzen, dass man Probleme benennen und anpacken kann, soll und muss, ohne beispielsweise bei Benennung des Asyl-Problems gleich in die rechte Ecke gestellt zu werden.



Michael Herta steht für die Werte der Schweiz, mit Zuversicht und Mut.

# Werner Hösli in den Ständerat!

## So wählen Sie richtig ...

- 1.** Wir empfehlen Ihnen, auf die erste Linie des Ständerat-Wahlzettels zu schreiben: Werner Hösli, Haslen.
- 2.** Achtung: Wahlzettel sind handschriftlich auszufüllen; Maschinenschrift ist ungültig. Es dürfen auch keine zusätzlichen Bemerkungen oder Zeichnungen auf Wahlzetteln angebracht werden, sonst sind sie ungültig. Sie zählen aber, wenn auch nur eine Linie ausgefüllt ist.
- 3.** Erforderlich: Versehen Sie Ihren Stimmrechtsausweis (nicht Wahlzettel) mit Ihrer Unterschrift.
- 4.** Sie haben die Möglichkeit, Ihre(n) Wahlzettel (je einen für Stände- und Nationalrat), samt Stimmrechtsausweis an einem Tag und Zeitpunkt, wo die Wahlurnen geöffnet haben, hinzubringen, den/die Wahlzettel dort abstempeln zu lassen und selber in die Wahlurne zu werfen. Öffnungszeiten und Lokale sind auf dem Stimmrechtsausweis ersichtlich.

ODER

Sie können, ohne den Gang zu einer Wahlurne auf sich zu nehmen, **per Post** wählen: Legen Sie den/die Wahlzettel in das kleine neutrale Kuvert (auch dieses wird Ihnen von der Gemeinde mit den Wahlunterlagen zugesandt) und verschliessen Sie es. Nun legen Sie dieses Kuvert, zusammen mit dem unterzeichneten Stimmrechtsausweis, ins grössere Stimmkuvert, und zwar so, dass Ihre Adresse auf dem Kuvertfenster sichtbar ist.

